

# Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

## Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 143

Dienstag den 23. Juni 1931

89. Jahrgang

### Eine ameritanische Warnung an Europa

Newyork, 22. Juni. In einem Leitartikel unter der Überschrift „Ein großartiger erster Schritt“ erklärt „World Telegram“, Hoover habe die Krise nicht übertrieben. Sie könne gar nicht übertrieben werden. Deutschland sei dem Bankrott und der Revolution so nahe, wie es eine Nation nur sein könne. Eine solche Ereignisse eintreten, müsse in dem einen Jahr, für das der Zahlungsausschub gelten sollte, die Befestigung des Weltfriedens, der falschen Grenzbeziehungen und der unüberlegbaren Zollmauern in Angriff genommen werden. Geschähe das nicht, so werde die Gefahr einer Explosion nicht verhindert, sondern nur aufgeschoben. Falls die früheren Alliierten in der kommenden Abrüstungskonferenz ihre Rüstungen nicht durchgreifend herabsetzen, könnten sie sicher sein, daß der Kongreß es ablehnen werde, den Zahlungsausschub zu verlängern, und daß die amerikanische öffentliche Meinung die weitere Zusammenarbeit mit Europa ablehnen werde.

#### Stimson über Hoovers Vorschlag

Washington, 22. Juni. Staatssekretär Stimson erklärte, zu einer internationalen Erörterung des Vorschlags Hoovers sei die Zeit. Eine internationale Konferenz komme erst in Frage. Sollte der Vorschlag die gewünschte Wirkung haben, dann müsse er unverzüglich von den Mächtern Deutschlands angenommen werden. Alle beteiligten Staaten seien auf diplomatischem Wege von dem Vorschlag des Präsidenten unterrichtet worden.

#### Die Stellungnahme der fremden Mächte zu Hoovers Vorschlag

Washington, 22. Juni. (Reuters.) Der britische Vorschlag teilte dem Staatsdepartement mit, daß die britische Regierung den Vorschlag Hoovers begrüße. Der Vorschlag bringe heute vorläufige lange mit Unterstaatssekretär Caffie. Dieser hatte darauf eine Besprechung mit dem Gesandten Österreichs, der dem Vorschlag Hoovers im Namen Österreichs zustimmte. Der italienische Vorschlag teilte im Staatsdepartement mit, daß er die Antwort aus Rom nicht vor morgen erwarde. Der bulgarische Gesandte sprach dem Staatsdepartement offiziell die Dankbarkeit seiner Regierung aus. Hunderte von Glückwunschtelegrammen sind aus allen Teilen der Welt im Weißen Hause eingegangen.

Owen Young stellte der Presse die Erklärung zur Verfügung, daß er die Aktion Hoovers von ganzem Herzen begrüße. Das gegenwärtige Mißtrauen der Staaten habe mit beigetragen zu der Arbeitslosigkeit. Ein Verhängnis wäre über Europa gekommen, wenn Amerika weiter geschwiegen hätte. Das Vorgehen verfolge man das Beste für die Zukunft und er hoffe, daß noch andere Regierungen im Sinne Hoovers handelten. Man müßte begrüßen, wenn auch die privaten Interessengruppen mitarbeiten wollten.

#### Macdonald zu Hoovers Erklärung

London, 22. Juni. Auf eine Anfrage Baldwin's, des Führers der Opposition, erklärte Macdonald im Unterhaus, die Regierung begrüße die Erklärung Hoovers von ganzem Herzen. Sie erkläre sich ihrerseits sofort bereit, diesen Vorschlag im Prinzip zu unterstützen. Die Regierungsmitglieder seien bereit, an der Ausarbeitung der Einzelfragen mitzuarbeiten, um der Erklärung Hoovers ohne Verzug zu praktischer Wirkung zu verhelfen. Das Unterhaus könne nicht erwarten, daß er gegenwärtig mehr darüber sage. Baldwin und Lloyd George erklärten sich mit den Bemerkungen Macdonalds einverstanden.

#### Britische Kabinettsitzung

London, 22. Juni. Das britische Kabinet wird sich in seiner nächsten Sitzung am Mittwoch mit dem Rotationsvorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten befassen.

#### In Erwartung der Stellungnahme Frankreichs

Berlin, 22. Juni. Während Vorschlag von Edsch Berlin bereits verlassen hat, um sich auf seinen Posten zu begeben, haben in der Reichskanzlei heute Besprechungen mit dem deutschen Vorschlag in Washington, Dr. von Britzsch, stattgefunden, in denen die durch den Vorschlag des Präsidenten Hoover gegebene Lage eingehend durchgesprochen wurden. Das Problem ist heute aber praktisch nicht weiter vorwärts geschritten. Es kommt jetzt zunächst darauf an, wie sich die französische Regierung einstellt. Man wartet deshalb wohl erst den Ministerrat ab, der am Dienstag in Paris stattfindet. Frankreich wird vielleicht noch besondere Vorschläge machen, um seinen Ausfall zu vermindern. Es verstärkt sich in politischen Kreisen aber der Eindruck, daß auch die französische Regierung sich dem großen Gedanken Hoovers nicht erziehen

können wird. Zu sehr liegt nach Ansicht politischer Kreise auf der Hand, daß Deutschland nicht mehr in der Lage ist, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Das ist durch den Schritt des Präsidenten Hoover und die Zustimmung, die er bisher bei den Hauptmächten — außer Frankreich — gefunden hat, auch nach außen hin zu sinnfällig bestätigt, als daß Deutschland noch veranlaßt sein könnte, von sich aus bestimmte Schritte zu unternehmen, wenn die Aktion des Präsidenten Hoover etwa an dem Widerspruch einzelner Mächte scheitern sollte. Die Tatsache, daß solche Möglichkeiten gegeben sind, wird sicher auch nicht in den morgigen Beratungen des französischen Kabinetts unbeachtet bleiben können. Um so mehr rechnet man damit, daß auch Frankreich schließlich sich in die allgemeine Front zur Sanierung der Weltwirtschaft einleihen wird.

#### „Temps“ und „Journal des Debats“ zu Hoovers Vorschlag

Paris, 22. Juni. Der „Temps“ nimmt heute zur Vorschlag Hoovers Stellung und bezeichnet es als ganz natürlich, daß die Vereinigten Staaten den Zusammenbruch verhindern möchten. Wenn Hoover es aber nicht zulassen könne, daß die in Amerika aufgenommenen Schulden nicht zurückgezahlt würden, so könne Frankreich mit umso größerem Rechte sich nicht mit einer Einstellung der Reparationszahlungen einverstanden erklären. Frankreich habe nicht das Recht, über die Garantien hinwegzugehen, die der Youngplan für die Bezahlung der Reparationen biete. Es wäre unzulässig, daß die ungeschützten deutschen Zahlungen während eines Jahres ebenso wie die geschützten ausgesetzt würden. Welche Versicherungen man auch Deutschland außerhalb des Youngplans gewähren würde, für Frankreich bleibe der Youngplan bestehen. Die Ausführung des Youngplans müßte nach Ablauf der einjährigen Frist wieder normal fortgesetzt werden.

„Journal des Debats“ gibt seiner Bewunderung darüber Ausdruck, daß vor der Verkündung der Hoover-Vorschlag Frankreich das am meisten interessierte Land, nicht betragt worden sei und knüpft an diese Bemerkung erneut Ausfälle gegen Deutschland.

#### Auch die ungeschützten deutschen Zahlungen werden aufgeschoben

Newyork, 22. Juni. Die Associated Press aus Washington von maßgebendster autoritativer Stelle erfährt, bezieht sich der Vorschlag des Präsidenten Hoover eines einjährigen Zahlungsausschubes der Kriegsschulden und der Reparationszahlungen auch auf die ungeschützten deutschen Reparationszahlungen.

#### Dr. Luther bei Brüning

Berlin, 22. Juni. Reichskanzler Dr. Brüning hatte gestern nachmittag eine Besprechung mit Reichsbankpräsident Dr. Luther über die schwelenden tributpolitischen Fragen.

#### Wie Hindenburgs Telegramm zustande kam

Die immer wieder gestellte Frage, was den Präsidenten der Vereinigten Staaten bewegen hat, in völliger Abkehr von der bisher eingehaltenen Linie entscheidend in den Gang der Ereignisse einzugreifen, hat durch eine Erklärung des Staatssekretärs Stimson eine sensationelle Beantwortung erfahren. Stimson teilte am Sonntag abend mit, daß Hoover, als die ersten Meldungen über die katastrophale Finanzlage Deutschlands einliefen, die Reichsregierung anforderte, einen Bericht über die Lage einzureichen. Der Präsident fügte noch hinzu, daß er Wert darauf lege, die erdnete Unterrichtung von „höchster Stelle“ zu erhalten. Die Stimson weiter mitteilt, antwortete Reichspräsident von Hindenburg persönlich in einem langen vertraulichen Schreiben an Präsident Hoover. Der Inhalt des Briefes wird geheim gehalten, doch erklärte Stimson, daß der Bericht Hindenburgs, der beziehungsweise am Sonntag vorläufig eintrat, die vorausgehende Information über den Ernst der Lage in vollem Umfang bekräftigt habe.

Die „Gerald Tribune“ versichert, daß Hoover drauf und dran gewesen wäre, die nach der Zusammenkunft in Chequers eingehende Revisionpropaganda mit einer unmissverständlichen Erklärung im Sinne der bisherigen offiziellen Auffassung zu beantworten. Der Umschwung sei erfolgt, als der von seiner Europareise zurückgekehrte Senator Morrow dem Präsidenten mitgeteilt habe, daß nach Meinung maßgebender Persönlichkeiten der Reichsregierung die revolutionäre Bewegung kaum mehr aufzuhalten sei, wenn nicht innerhalb einer Woche der Wirtschaftskollaps eintrete. Der Zusammenbruch der Reichsregierung und die Beschlüsse des Reichstages hätten dann die Befürchtungen Hoovers verklärt. Den Ausschlag aber habe der Brief Hindenburgs gegeben, der Hoover veranlaßt habe, unverzüglich einzuschreiten.

#### Wiederaufnahme der Rotierung des Privatdiskonts

Berlin, 22. Juni. Der Privatdiskontsatz, dessen Rotierung an der Berliner Börse am Samstag den 20. Juni angefangen worden war, gelangt ab heute Montag den 22. Juni wieder zur Rotierung.

#### Anzeigenpreis:

Die einseitige Vertheilung über einen Raum 20 Zpf., Reklameweite 10 Zpf., Reklamehöhe 10 Zpf., 10 Zpf. Offerte und Anzeigenentwurf 10 Zpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachvertrages hinsichtlich nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Betriebsjahr für beide Teile 10 Neuenbürg. Für teile. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

### Was bringt die Reichsverwaltungsreform?

Die Nachricht, daß im Reichsinnenministerium der Referentenentwurf über die große Reichsverwaltungsreform, bearbeitet von dem preussischen Ministerialdirektor Dr. Brecht und dem sächsischen Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Voegtsch-Doeffler, die beide Berichterstatter der zuständigen Ausschüsse der Länderkonferenz waren, nunmehr fix und fertig vorliege, hat naturgemäß von neuem die Aufmerksamkeit auf dieses vor der Türe stehende Problem gelenkt. Wir haben infolge dessen Gelegenheit genommen, uns mit verschiedenen Fragen an Geheimrat Voegtsch-Doeffler zu wenden, um wenigstens in den Hauptpunkten Klarheit über das Erwartende zu erzielen.

#### Wie ist der Stand der Reichsverwaltungsreform?

Gerade am Samstag, am 20. Juni, war ein Jahr verfloßen, daß der Verfassungsdiskurs der Länder den Beschluß faßte, die Reichsverwaltungsreform mit möglicher Beschleunigung ausarbeiten zu lassen. Die Mehrheit legte sich für eine Differentiallösung ein. Was versteht man unter Differentiallösung? Es erscheint nicht möglich, die deutschen Staaten als Einheitsstaat zu gestalten ohne die Berücksichtigung der Verschiedenheiten geschichtlicher und völkischer Natur zwischen Nord und Süd. Die Differentiallösung enthält infolgedessen einen Mittelweg, der sich bemüht, den Eigenarten Nord- und Süddeutschlands Rechnung zu tragen, ohne daß das bedeuten soll, daß in Zukunft neben Reichsstaaten noch andere bestehen. Die Verschiedenheit liegt wesentlich in der Gehaltung des Verwaltungssystems. So soll Norddeutschland in der Mittelinstanz drei Instanzen sein, im ganzen geben eine von der zentralen Regierung in Berlin abhängige Behörde werden. In Süddeutschland einschließlich Sachsen dagegen bleibt die allgemeine Landesverwaltung in ihrem ganzen Umfang selbständig. Die großen Länder, also, wie Bayern, Württemberg und Sachsen, werden auch nach Durchführung der Reichsverwaltungsreform nicht von Berlin aus regiert werden. Aus diesen Erwägungen heraus kann von einer Befestigung der Länder, wie so oft gesprochen wird, nicht die Rede sein, sondern es handelt sich lediglich um eine vernünftiger Gehaltung der Mittelinstanzen innerhalb des Reichsverwaltungssystems. Man erhofft keinerlei wesentliche Ersparnisse aus einem völligen Wegfall dieser Mittelinstanzen, erhofft sie vielmehr daraus, daß das in völlige Unordnung geratene Verwaltungssystem in eine neue, praktische Form eingetragt wird und dem deutschen Volke erhebliche finanzielle Erleichterungen bringen soll. Stark umstritten ist die Frage:

#### Sollen die kleinen Länder erhalten bleiben oder nicht?

Die war mit einem strikten „Nein!“ beantwortet. Die kleinen Länder, die bei ihrem geringen Umfang und schwachen wirtschaftlichen Kräften nicht in der Lage sind, Selbstverwaltungsorgane darzustellen, müssen in größeren Gebieten aufgehen.

Wie wird sich nun das Schicksal Preußens gestalten? Die preussische Regierung ist heute sozusagen eine zweite Regierung innerhalb Berlins neben der Reichsregierung, und gerade aus diesem Dualismus haben sich bekanntlich schon die allerunangenehmsten und verwickeltesten Zwischenfälle ergeben. Jede Reichsreform, auch wenn sie anders vorläge als die Differentiallösung, muß diesen Dualismus unbedingt beseitigen! In dem vorliegenden Referentenentwurf sollen Reichsregierung und preussische Regierung, Reichstag und preussischer Landtag zu einer völligen Einheit verbunden werden. Preußen geht also sozusagen im Reich auf. Die wichtigsten Mittelinstanzen in Preußen — Oberpräsident und Landeshauptmann — treten in neuen System als Organe der Mitte neben die Spitzen der süddeutschen Länder.

Wie beurteilt man nun in unterrichteten Kreisen die Aussichten auf die Reichsverwaltungsreform? Daß sie kommen mußte und eines Tages unbedingt zu realisieren ist, unterliegt schon aus politischen und verwaltungstechnischen Gründen, am meisten aber aus wirtschaftlichen Gründen, wohl keinerlei Zweifel. Wir können es uns nicht leisten, uns von Jahr zu Jahr um dieses große Problem herumzudrücken, nur weil gewisse Interessenten sich immer wieder der Durchführung in den Weg zu stellen suchen. Welche Absichten die Reichsregierung zur Zeit hegt, ist zwar nicht bekannt, aber es besteht wohl die Möglichkeit, daß der Referentenentwurf bald den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden wird. Kein persönlich genommen, hält Ministerialdirektor Voegtsch-Doeffler es für dringend geboten, ohne Verzögerungen in die endgültige Erörterung der Reichsverwaltungsreform einzutreten. So glaubt er auch, daß, wenn der Entwurf dem Reichstag vorgelegt wird, dieser wohl geneigt sein wird, ihm zuzustimmen. Wie sich dagegen der Reichstag verhalten wird, bleibt allerdings abzuwarten. Die Ersparnisfrage ist das Hauptmotiv gewesen, die Reichsverwaltungsreform vor etwa vier Jahren in verstärktem Maße in Gang zu bringen. Damals war der Sinn der Reform der, eine Befestigung der Länder anzustreben. Demgegenüber glaubte man betonen zu müssen, daß die Befestigung der Minister und Parlamente verhältnismäßig nur geringe Ersparnisse bringen würde. Jetzt dagegen handelt es sich, wie schon vorher angedeutet, nicht darum, die Länder zu befestigen, sondern sie in neuer, verbesserter Form in das Reich hineinzugliedern. Bei dem Umfang der in Betracht kommenden Materie werden wir, sobald die Verhältnisse sich klarer übersehen lassen, erneut auf Einzelheiten der Reichsreform zurückkommen. (H. N. R.)







